

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing Udo Guggenbichler, MSc, Wolfgang Seidl und Stefan Berger und betreffend „geblockte Altersteilzeit muss erhalten bleiben“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 25. Jänner 2023 zu Post 1

Die geblockte Altersteilzeit soll laut Bundesregierung abgeschafft werden. Die geförderte Altersteilzeit soll Beschäftigten die Möglichkeit eines gleitenden Übergangs in die Pension bieten. Wer nur noch fünf Jahre vor dem Regelpensionsalter steht (Männer 65, Frauen derzeit noch 60 Jahre), kann die Arbeitszeit um 40 bis 60 Prozent verringern. Der Lohnverlust wird zur Hälfte ausgeglichen. Sofern der oder die Betroffene kontinuierlich, nur eben zu reduzierter Stundenanzahl weiterarbeitet, übernimmt der Staat 90 Prozent dieser Kosten. Bei der geblockten Variante kann ein Werkstätiger zum Beispiel eineinhalb Jahre Vollzeit arbeiten, um dann ebenso lang am Stück freizuhaben. Wieder beträgt der Lohnausgleich 50 Prozent, doch der Staat schießt nur die Hälfte davon zu.

Gerade für psychisch und physisch angeschlagene Beschäftigte sei die geblockte Teilzeit eine wichtige Stütze, um noch ein, zwei Jahre durchzuhalten. Die Abschaffung werde Betroffene in die Invaliditätspension treiben – oder, weil diese immer seltener genehmigt werde, in die Arbeitslosigkeit.

Im Vorjahr nahmen von durchschnittlich rund 36.000 Menschen in Altersteilzeit gerade einmal knapp 8500 die Blockvariante in Anspruch. Nach einem Anstieg bis 2019 weist der Trend seither wieder nach unten.

Fast alle Arbeitnehmervertreter sprechen sich klar gegen die Abschaffung aus, weil dies ohnehin kaum einen zusätzlichen beschäftigungsfördernden Effekt nach sich ziehen würde. Bei den Blockmodellen muss nämlich ohnehin spätestens mit Beginn der Freizeitphase eine Ersatzarbeitskraft eingestellt werden. Viele hätten mit ihren Arbeitgebern bereits Vereinbarungen getroffen und sähen nun ihre Lebensplanung zerbröckeln.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für den Weiterbestand der geblockten Altersteilzeit aus und fordert die Bundesregierung, insbesondere den zuständigen Bundesminister für „Arbeit und Wirtschaft“ auf, von der Abschaffung dieser Möglichkeit eines gleitenden Übergangs in die Pension abzurücken.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.